

Presseinformation 12/2005

BIEK fordert Beendigung der gezielten Frühpensionierungspraxis der Deutschen Post AG

Berlin, 01.07.2005 – Der Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V. (BIEK) kritisiert die Praxis der gezielten Frühpensionierung von Postbeamten wegen Dienstunfähigkeit und fordert den Bund auf, diese Praxis sofort zu unterbinden. „Die durch gezielte Frühpensionierungen dem Bund aufgebürdeten Soziallasten stellen eine unzulässige Beihilfe zugunsten der Deutschen Post AG dar. Dies dürfte mit den Wettbewerbsvorschriften der EU kaum vereinbar sein. Während andere Unternehmen teure Sozialpläne finanzieren müssen, übernimmt hier der Bund und somit indirekt der Steuerzahler die Kosten der Personalreduzierung. Dies stellt nicht nur einen Wettbewerbsvorteil für die Deutsche Post AG sondern auch eine enorme Gefahr für künftige Haushalte des Bundes dar“, so Dr. Ralf Wojtek, Vorsitzender des BIEK. „Es muss deshalb die Frage aufgeworfen werden, warum die Deutsche Post AG nicht in erheblich größerem Umfang an der Finanzierung ihrer Frühpensionäre beteiligt wird.“

Zum Hintergrund: Vor wenigen Tagen hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass bundesweit immer weniger Beamte frühzeitig in Ruhestand gehen. Der Anteil der Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit sank in den vergangenen vier Jahren von 49 auf 22 Prozent. Ausgenommen hiervon sind jedoch Beamte ehemaliger Staatsunternehmen: bei Post, Postbank, Telekom und Bahn machten die Frühpensionäre auch im Jahr 2004 weiterhin mehr als 90 Prozent der neuen Ruheständler aus.

Die massenhaften Frühpensionierungen von Postbeamten sind nach Auffassung des BIEK vor allem darauf zurückzuführen, dass der Bund 96 Prozent der Versorgungsleistungen für alle Pensionäre der Nachfolgeunternehmen der Bundespost trägt. Diese Kosten hat der Bundesrechnungshof in seinem letzten Ergebnisbericht 2003 mit 573 Mrd. EUR für die kommenden Jahrzehnte veranschlagt. Laut Bundesrechnungshof stellen diese Versorgungslasten für den Bund ein Haushaltsrisiko in dreistelliger Milliardenhöhe dar, weil sie durch den Wert der Anteile an den Postaktiengesellschaften nur noch zu einem Bruchteil gedeckt sind.

Der Bundesrechnungshof hatte bereits mehrfach bemängelt, dass die massenhaften Frühpensionierungen von Postbeamten häufig ohne erkennbare Prüfung und ohne ausreichende Dokumentation erfolgt seien.

Über den BIEK:

Im BIEK sind führende Anbieter für Kurier-, Express- und Paketdienste in Deutschland organisiert. Sie sind flächendeckend tätig und stellen jede Sendung an jedem Ort in Deutschland von der Hallig bis zur Alm zuverlässig zu. In den vergangenen Jahren haben die Unternehmen über 13.000 Paketshops/Annahmestellen mit einem vielfältigen Produktspektrum aufgebaut. Zurzeit sind etwa 65.000 Menschen bei den BIEK-Mitgliedern in Deutschland beschäftigt. Sie sind entweder bei den Unternehmen direkt angestellt oder als selbständige Unternehmer für diese tätig. Insgesamt beschäftigt die KEP-Branche in Deutschland bereits mehr als 160.000 Personen.

Weitere Informationen unter www.biek.de

Kontakt:

BIEK Büro Berlin
Hans-Peter Teufers
Charlottenstraße 42
10117 Berlin
Tel. 030 / 20 61 78-6
Fax 030 / 20 61 78-88
info@biek.de

BIEK Vorsitz
Dr. Ralf Wojtek
Bleichenbrücke 9
20354 Hamburg
Tel. 040 / 35 52 80-16
Fax 040 / 35 52 80-80